

Sofortinformation über die Beratung des Parteirates der Partei Die Linke am 28./29. März 2026 in Berlin

Der Parteirat kam am 28./29. März 2026 in Berlin zu seiner konstituierenden und somit ersten Beratung in dieser Zusammensetzung zusammen.

Zu Beginn der Konstituierung erfolgt eine Verständigung zu den Formalien um die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. So gab sich der Parteirat eine Geschäftsordnung, beschloss einen Sitzungsplan für das Kalenderjahr 2026 und nahm die Empfehlungen zur Arbeitsweise des vorherigen Parteirates zur Kenntnis. Im Anschluss fand die Wahl eines neuen sechsköpfigen Präsidiums statt. Gewählt wurden Gunhild Böth aus Nordrhein-Westfalen, Suzana Kamperidis aus Hamburg, Luisa Mayer von der linksjüngend solid, Martin Günther aus Brandenburg, Carsten Labudda von der BAG Kommunalpolitik und Hermann Schaus aus Hessen.

Nicht wieder zur Wahl angetreten sind Mandy Eißing, Conny Swillus-Knöchel und Lars Hilbig. Der Parteirat dankte ihnen für ihr Engagement und ihre Arbeit im vorherigen Präsidium. Ebenso sprach der Parteirat seinen Dank allen anderen ausgeschiedenen Parteiratsmitgliedern aus.

Nachdem nun eine Arbeitsfähigkeit hergestellt war, ging es im weiteren Verlauf des ersten Beratungstages um politische und strategische Inhalte. Bundesgeschäftsführer Janis Ehling berichtete den Parteiratsmitgliedern vom bevorstehenden bzw. schon laufenden Programmprozess, den ersten Etappenzielen und den weiteren Planungen, ebenso informierte er auch über die Weiterführung der bundesweiten Mietenkampagne und den damit verbundenen Projekten und Vorhaben. In anschließenden Diskussionen konnten die Parteiratsmitglieder Fragen zu beiden Themen stellen und gaben Janis Ehling und seinem Team in der Bundesgeschäftsstelle wichtige Hinweise und Impulse mit auf den Weg.

Beim letzten Tagesordnungspunkt des ersten Beratungstages konzentrierte sich der Parteirat auf die Wahlen 2026. Sowohl von den vergangenen Kommunalwahlen in Bayern und Hessen als auch den Landtwahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurde berichtet und sich über die Ergebnisse ausgetauscht. Im Anschluss gab es aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern Ausblickberichte zu den bevorstehenden Landtagswahlen. Hier standen neben den allgemeinen Aussichten und Umfragewerten vor allem der Umgang mit parlamentarischen Mehrheiten bei erstarrender AfD im Fokus. Zu Letzterem wurden auch die damit erfahrenen Fraktionen aus Thüringen und Sachsen eingeladen. Die Thüringer Fraktion konnte leider keine Vertretung entsenden, für Sachsen sprach Stefan Hartmann.

Den Abend ließen die Parteiratsmitglieder bei einem gemütlichen Zusammensein und Kennenlorgesprächen in lockerer Atmosphäre weg vom Tagesordnungszeitdruck ausklingen.

Nach einer kurzen Zeitumstellungsnacht begann der zweite Beratungstag mit dem Schwerpunktthema Europa und den Strukturen einer europäischen Linkspartei. Ex-MdEP Helmut Scholz ist Sprecher der AG Europa des Parteivorstandes und von ebendiesem in die Reformkommission der europäischen Linken entsendet worden. Er

berichtet von den Entwicklungen bezüglich der Veränderungen in der Europäischen Linken (EL), Neugründung der Europäischen Linken Alternative (ELA) und gab einen Ausblick auf den bevorstehenden Kongress der Europäischen Linken in Brüssel. Seinem Bericht folgten Redebeiträge von MdEP Martin Günther, Vizepräsidentin der Europäischen Linken Claudia Haydt und Bundesgeschäftsführer Janis Ehling. Im Anschluss hatten die Parteiratsmitglieder Gelegenheit sich über beide Strukturen (EL und ELA) auszutauschen und die möglichen Mitgliedschaft(en) in beiden zu diskutieren.

Nach den europäischen Themen beriet der Parteirat über vorliegende Anerkennungsanträge bundesweiter Zusammenschlüsse und kam mit der Beschlussfassung über den Finanzplan 2026 einer weiteren zentralen und wichtigen Aufgabe nach.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Beschlussfassung zu weiteren Anträgen“ lagen zwei Anträge zur Arbeitsweise bzw. –struktur der bundesweiten Zusammenschlüsse vor. Auf Bitten der Vertreter*innen aus den Zusammenschlüssen wurde die Behandlung der beiden Anträge auf unbestimmte Zeit vertagt, da diese selbst noch nicht über die Inhalte der Anträge beraten haben. Ebenso lagen unter genanntem Tagesordnungspunkt Anträge zur Situation im Nahen Osten vor, sie wurden auf die digitale Beratung im Juni 2026 verschoben, hier soll es einen eigenen Tagesordnungspunkt zum Thema geben.

Die nächste Beratung des Parteirates findet am 27./28. Juni 2026 digital statt.

31. März 2026

Präsidium des Parteirates:

Gunhild Böth, NRW

Martin Günther, Brandenburg

Suzana Kamperidis, Hamburg

Carsten Labudda, BAG Kommunalpolitik

Luisa Mayer, linksjugend solid

Hermann Schaus, Hessen